

Zeitschrift: Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 69 (1990)
Heft: 9-10

Artikel: Energiepolitische Wende
Autor: Euler, Alexander
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-340860>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Energiepolitische Wende



Alexander Euler, seit 1978 SP-Nationalrat aus Basel-Stadt, ist ein Atomkraftgegner der ersten Stunde und Mitbegründer und langjähriger Präsident des Nordwestschweizerischen Aktionskomitees gegen Atomkraftwerke (NWA). Er war der Ko-Präsident des Initiativkomitees Stopp dem AKW-Bau (Moratorium).

Von Alexander Euler,

Der über 20 Jahre dauernde Kampf gegen die lebensgefährdende Atomenergie war, neben dem Aus für das AKW Kaiseraugst, endlich auch auf gesamtschweizerischer Ebene erfolgreich.

Mit der Annahme der Moratoriumsinitiative für einen 10jährigen Bau- und Bewilligungsstopp für Atomkraftwerke und atomare Heizreaktoren durch Volk und Stände (übrigens die zehnte angenommene Volksinitiative seit 1891) und mit dem guten Abschneiden der Ausstiegsinitiative, die von fast der Hälfte der Stimmenden bejaht wurde, ist vom Schweizervolk der weiteren Nutzung der Atomenergie eine deutliche Absage erteilt worden.

Daran ändert auch nichts, wenn Behörden und Atomfreunde durch die knappe Ablehnung der Ausstiegsinitiative weiterhin die Offenhaltung der sogenannten Option (Fiktion?) Kernenergie betonen.

Der 10jährige Marschhalt in der Atomenergie war von den Initianten immer so verstanden und auch propagiert worden, dass in dieser Zeit die alternativen und erneuerbaren Energien massiv gefördert werden, die riesige Energieverschwendung eingedämmt wird, um somit durch neue nichtatomare Stromproduktion einer-

seits und durch geringeren Verbrauch ohne Komfortverlust andererseits die Atomkraftwerke sukzessive überflüssig zu machen. Die Moratoriumsinitiative war demnach – von den Initianten nie bestritten – ein erster Schritt zum Ausstieg aus der Atomenergie. Mit dem Akzeptieren dieses schrittweisen Vorgehens, sowie mit der gleichzeitigen Annahme des Energieartikels, hat das Schweizervolk deutlich gemacht, dass es eine neue Energiepolitik will. Diesem klaren Volkswillen muss mit aller Deutlichkeit nachgelebt werden.

Allererste selbstverständliche Massnahmen dieser neuen Energiepolitik sind die sofortige Verabschiedung des, wenn auch nicht in allen Punkten befriedigenden, Energienutzungsbeschlusses durch die eidgenössischen Räte, damit der Beschluss 1991 in Kraft treten kann, und die Inangriffnahme der Konzipierung einer den Energieartikel voll ausschöpfenden Energiegesetzgebung. Hiezu dürfen nicht Jahre vertrödelte werden. Das Energiegesetz sollte 1993 in Kraft treten.

Weitere energiepolitische Massnahmen müssen folgen. Der Schreibende hat den Bundesrat interpelliert, welche Massnahmen in welchen Zeiträumen die Landesregierung einzuleiten gedenkt. Mit vielen andern energiepolitischen Vorstössen im Parlament, so der SP-Fraktion mit

einem Impulsprogramm, werden sich die eidgenössischen Räte bei Vorliegen der bundesrätlichen Antworten voraussichtlich in der Frühjahrssession 1991 zu befassen haben. Die zentrale Frage wird dabei sein: Wie können beträchtliche Investitionen für die Anwendung von alternativen und erneuerbaren Energien, deren Technologie heute bereits ausgereift ist, umgelenkt werden und mit welchen finanziellen Anreizen soll die effizientere Nutzung der vorhandenen Energie gefördert werden? Mit Rahmenbedingungen auf der Nachfrageseite müsste sowohl der allgemeine Energiekonsum wie auch der Stromkonsum in Grenzen gewiesen werden, was die heraufbeschworenen Stromimporte aus Frankreich gegenstandslos machen würde. Das wären Schritte zur Ablösung der Atomenergie.

Die Frage bleibt: Ob die skizzierte energiepolitische Marschrichtung, die dem Volkswillen vom 23. September entspricht, so schmerzlos, schnell und ohne Widerstand, sozusagen von alleine, vor sich geht? Das ist kaum anzunehmen.

Die Energiewirtschaft, die Jahr für Jahr 8–9 Milliarden Franken für nutzlos verpuffte Energie einnimmt und dabei bestens lebt, hat wahrscheinlich wenig Sinn für Veränderungen. Darum muss die Volksmehrheit immer wieder neuen politischen Druck erzeugen. In Bund und Kantonen sind neue Volksinitiativen zu prüfen, wenn

die neue energiepolitische Marschrichtung behindert werden sollte. Denn: Proteste sind gut, Volksinitiativen aber besser.

Der 23. September 1990 signalisiert eine energiepolitische Wende. Um diese Wende zu realisieren, braucht es die Unterstützung vieler in diesem Lande. Es braucht Sinn für Realität

und Konsens. Die bisher vorherrschende Konfrontation in der Atomenergie sollte zugunsten einer breiten Unterstützung der erneuerbaren Energien und des Abbaus der Energieverschwendung zurückgestellt werden. Der Volkswille ist ein Auftrag zur energiepolitischen Wende. Diesem Auftrag haben sich alle zu unterziehen.

